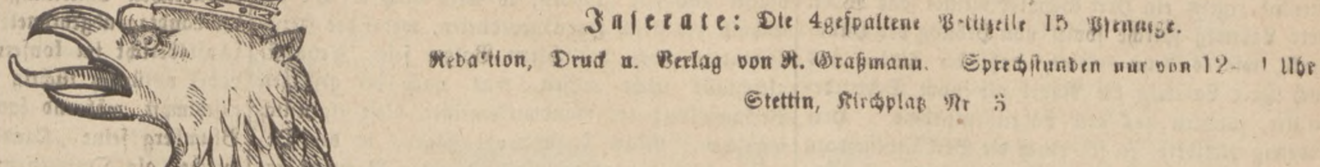
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12–1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr 3



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 26. Oktober 1881. Nr. 498.

Regeln für den Wahltag.

Wer darf wählen? Alle deutschen Bürger, welche fünfundzwanzig Jahre alt sind und in den Listen stehen. Wer sogar am 26. Oktober erst 25 Jahre alt wird, muß noch in die Listen auf sein Verlangen nachträglich eingetragen werden. Nur wer Armenunterstützung im letzten Jahre empfangen hat, darf nicht wählen.

Wer muß wählen? Jeder, der wählen darf. Das allgemeine Wahlrecht ist zugleich eine Pflicht, wie die Wehrpflicht zugleich ein Ehrenrecht des Bürgers ist. Bei der Wehrpflicht darf Keiner zurückstehen, um das Vaterland vor äußeren Gefahren zu schützen; am Wahltage darf Niemand daheim bleiben, denn es gilt, das Land vor inneren Gefahren zu sichern.

Wo wird gewählt? In dem Wahlbezirke, in dem die Wohnung des Wählers liegt. Wer am 1. Oktober in einen andern Ort oder in eine andere Stadtgegend verzogen ist, ist nur in dem Bezirk, in welchem seine frühere Wohnung lag, wahlberechtigt. Es scheue also Niemand den Weg dorthin, das Wohl des Vaterlandes ist eine Reise werth.

Wann wird gewählt? Von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Nachmittags. Wer bis 6 Uhr nicht zur Stelle ist, geht seines Rechtes verlustig, denn mit dem Glockenschlage Sechs werden die Urnen geschlossen. Man gehe möglichst früh zur Wahl, etwa zwischen 10 und 12 Uhr, namentlich in den Städten. Die Zeit zwischen 12 und 2 Uhr mögen Diejenigen, welche zu anderen Stunden Zeit haben, den Arbeitern und Beamten zum Wählen überlassen, denn diese haben nur die Mittagsstunde frei.

Wie muß ein Stimmzettel aussehen? Er muß von weißem Papier sein. Die Größe muß etwa die eines halben Oktavblattes sein. Name, Stand und Wohnort des Kandidaten müssen auf einer Seite desselben stehen. Steht mehr darauf, oder ist irgend ein Schreibfehler darin befindlich, so ist der Zettel ungültig. Selbst Flecke, welche darauf sind, gelten als Erkennungszeichen und können den Zettel ungültig machen. Was auf dem Zettel steht, kann gedruckt oder geschrieben sein, je nach Belieben.

Wie wird gewählt? Man faltet den Stimmzettel einmal der Länge und einmal der Breite nach zusammen, so daß die beschriebene Seite nach Innen kommt, und Niemand sehen kann, was darauf steht. Dann geht man ins Wahllokal und behält den Zettel so lange in der Hand, bis die am Wahltisch sitzenden Herren in der Liste nachgesehen haben, ob der Wähler darin verzeichnet ist. Ist er den Herren nicht persönlich bekannt, so thut er gut, etwas bei sich zu haben, was ihn legitimirt. Hat man festgestellt, daß er in der Liste steht, dann giebt er den gefalteten Stimmzettel dem vor der Urne stehenden Herrn, der ihn sofort hineinwerfen muß. Erst wenn man sich überzeugt hat, daß dies geschehen ist, verlasse man das Wahllokal. — Vor den Wahllokalen werden meist gedruckte Stimmzettel vertheilt. Da dieselben aber ungenau sein können und vielleicht ihre Zahl nicht ausreicht, so bringe man lieber den Zettel von Hause schon mit. Man lasse sich durch Niemanden einschüchtern, der Einem fremde Wahlzettel aufdrängen will. Das Beste ist, man nimmt alle Zettel ruhig an, die Einem angeboten werden, besonders wenn man Furcht haben muß, daß die Weigerung Einem Schaden bringen kann, halte aber seinen eigenen in der andern Hand bereit, um ihn dann abzuliefern. Die Abstimmung bleibt geheim. Niemand braucht in Sorge darüber zu sein, daß man ihm später etwas anhaben könne.

Wen wählen wir? Herrn Kommerzienrath Albert Schlutow zu Stettin.

Deutschland.

Berlin, 25. Oktober. Der Kaiser ist heute Vormittag mit einiger Verspätung bald nach 9 Uhr mittelst Extrazuges wohlbehalten auf der Potsdamer Bahn wieder in Berlin eingetroffen. Zur Empfangsbegrüßung hatten sich der kommandirende General des Gardekorps, General-Oberst Prinz August von Württemberg, der deutsche Botschafter in Petersburg, Generallieutenant und Generaladjutant v. Schweinitz, der Generallieutenant und Generaladjutant Frhr. v. Steinäcker, der General à la suite Generallieutenant Graf Lehndorff, die Flügeladjutanten Oberst v. Lindequist und Major v. Plessen, der russische Militärbevollmächtigte Oberst Fürst Dolgorucki, der Kommandant, Generallieutenant v. Berken, der Polizeipräsident von Madai und der Vize-Oberstallmeister v. Rauch 2c. auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhofe eingefunden. — Als der Zug hielt, verließ Se. Majestät, Allerhöchstwelcher, wie sich Jeder aus dem zahlreich versammelten Publikum überzeugte, überaus wohl aussah, ohne jegliche Beihülfe den kaiserlichen Salonwagen und begrüßte zunächst Se. königl. Hoheit den Prinzen August von Württemberg, wandte sich alsdann mit einigen herzlichen Worten an den Kommandanten und den Polizeipräsidenten und zog hierauf den kaiserlichen Botschafter Generallieutenant v. Schweinitz in ein kurzes Gespräch. Nachdem der Kaiser dann auch noch die übrigen anwesenden Herren, die General- und Flügeladjutanten, den russischen Militärbevollmächtigten Fürsten Dolgorucki in herzlichster Weise begrüßt, verließ Allerhöchstderselbe den Bahnhofsperron und begab sich nach kurzem Aufenthalte im königlichen Wartesalon, begleitet vom Flügeladjutanten Oberst von Lindequist, im geschlossenen zweispännigen königlichen Wagen direkt nach dem königlichen Palais, wo Allerhöchstderselbe von jetzt ab Wohnung nehmen wird. Mit Sr. Majestät sind auch die Kabinetschefs Generallieutenant v. Albedyll und Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, General à la suite Fürst Anton Radziwill, Flügeladjutant Major v. Broesigke, Geh. Hofrath Bork und die Leibärzte aus Baden-Baden nach Berlin zurückgekehrt.

— Nach einer Mittheilung der Petersburger „Nowosti" hat sich der deutsche Reichskanzler über den Verlauf des jüngst stattgehabten Prozesses gegen die Herausgeber des nihilistischen Blattes „Tscherny Peredel" durch die deutsche Botschaft ausführlichen Bericht erstatten lassen; Fürst Bismarck soll derselben Quelle zufolge die Botschaft telegraphisch beauftragt haben, ihm über das Treiben der russischen Nihilisten, sowie über alle politischen Prozesse von Bedeutung fortlaufend zu berichten.

— Nach den jüngsten telegraphischen Mittheilungen aus Rom kann es nunmehr als bestimmt gelten, daß die Königin Margherita den König Humbert auf der Reise nach Wien begleitet. Das bezügliche Telegramm lautet:

Rom, 24. Oktober. Das Gefolge des Königs auf der Reise nach Wien besteht aus dem General Sonnaz, dem Flügeladjutanten, Kontreadmiral Martin Francklin, dem Obersten Casati und dem Fregattenkapitän Brochetti; das Gefolge der Königin bilden die Ehrendamen Marquise Villamarina Montereno, die Hofdame Fürstin Strongoli, der Ehrenkavalier Marquis Villamarina u. A. Den Ministerpräsidenten Depretis begleiten die Sekretäre im Ministerium des Innern; in der Begleitung des Ministers des Auswärtigen Mancini befinden sich der italienische Gesandte in Belgrad, Chevalier de Tosi, der Kabinetschef Blanchi de Lavagna und der Sekretär Danieli. Die Minister Depretis und Mancini treten die Reise am Abend des 25. d. Mts. von Monza aus an.

Das zahlreiche Personal, welches den Ministerpräsidenten Depretis und den Minister des Auswärtigen begleitet, läßt darauf schließen, daß in Wien wichtige Vereinbarungen getroffen werden sollen. Hieraus erklärt sich auch, daß für den Besuch des italienischen Königspaares am Wiener Hofe mehrere Tage festgesetzt sind.

— Daß Spanien ernstliche Anstrengungen macht, in die Zahl der europäischen Großmächte aufgenommen zu werden, ist bekannt. Ein neuer Beleg dafür darf darin erblickt werden, daß uns „W. T. B." mit einem langen telegraphischen Auszug aus dem Finanzexposee überrascht, welches der Finanzminister Camacho gestern der spanischen Deputirtenkammer vorgelegt hat. Bisher pflegte das genannte Telegraphenbureau nur die Finanzbudgets der Großmächte in ähnlicher Weise zu berücksichtigen. Das betreffende Madrider Telegramm lautet:

Der Finanzminister Camacho legte in der Deputirtenkammer die Finanzgesetzentwürfe, sowie das Budget pro 1882 vor. Letzteres weist einen kleinen Ueberschuß auf und bringt eine stufenweise Herabsetzung der Zolltarife in Vorschlag, behält sich aber den Zeitpunkt, zu welchem die Herabsetzung in Kraft treten soll, noch vor. Die 15—20 Prozent übersteigenden Zölle sollen stufenweise auf 15 Prozent herabgesetzt werden. Die gegenwärtigen Handelsverträge sollen nach dem Erlaß des vorliegenden Gesetzes durch andere Handelsverträge ersetzt werden, welche der Basis der Ermäßigung der Zölle entsprechen. Diejenigen Nationen, mit welchen keine Handelsverträge bestehen, sollen an den Zollherabsetzungen nicht theilnehmen. Die Vorlage hält das Recht aufrecht, ausländische Produkte, welche für gleichartige inländische Produkte nachtheilig sind, mit einem höheren Zoll zu belegen. Die Gegenstände des Küstenhandels von Spanien, Kuba, Portoriko und den Philippinen sollen von den Zöllen befreit bleiben. Ausgenommen hiervon sind die Alkohole, welche mit einem Zoll von 10 Pesetas pro Hektoliter belegt werden, Zucker, dessen Zoll 8,70 Pesetas pro 100 Kilo beträgt, Kakao und Chokolade, welche einem Zoll von 25 Pesetas unterliegen, und Kaffee, dessen Zoll 35 Pesetas beträgt. Diese Zölle sollen im Jahre 1885 herabgesetzt und im Jahre 1888 ganz aufgehoben werden. Bezüglich der Staatsschuld wird vorgeschlagen, im Jahre 1882 einen Theil derselben und außerdem 12 Prozent der verschiedenen Schulden in Gemäßheit der bereits dafür bestehenden Gesetze zurückzuzahlen. Die Inanspruchnahme von Nachtragskrediten soll vermieden werden. Im Budget von 1880 beträgt das Defizit 9 Millionen, in demjenigen von 1881 105 Millionen. Die Grundsteuer soll auf 16 Prozent festgesetzt werden, das Erträgniß derselben wird auf 166 Millionen veranschlagt. Die Steuer von 7 Prozent ad valorem auf Erze, sowie die Verdoppelung der Steuer von Minenbesitzern soll aufgehoben werden, ebenso sollen die Wege-, Fluß- und Brücken-Abgaben aufgehoben werden. Der Abzug von dem Gehalte der Beamten soll auf 10 Prozent ermäßigt werden. Die Miethen sollen mit einer Steuer belegt und schließlich soll der Preis des Tabaks ermäßigt werden.

Der freihändlerische Deputirte Moret ist zum Präsidenten der Budgetkommission der Kammer ernannt worden. Der Finanzminister suchte um die Ermächtigung nach, mit den Inhabern der dreiprozentigen Staatsobligationen verhandeln zu dürfen, da er die gesammte Staatsschuld in eine einheitliche 4prozentige umzuwandeln wünsche.

— Präsident Arthur hat die Neubildung eines seinen Wünschen entsprechenden Kabinets begonnen. Der von Garfield zum Schatzsekretär ernannte William Windom war der erste von den Räthen des ermordeten Präsidenten, welcher seine Demission einreichte. Der Versuch, ihn zu halten, war vergeblich; er zieht es vor, Bundessenator für Minnesota, wofür er von dem republikanischen Caucus der dortigen Legislatur nominirt worden, zu werden, als unter Präsident Arthur Mitglied des Kabinets zu sein. Zu seinem Nachfolger ist Edwin Morgan vom Präsidenten vorgeschlagen und vom Senat bestätigt worden. Morgan war ehemals Gouverneur von Newyork, er hatte anfangs die Berufung für das Schatzamt abgelehnt, indem er sich außer Stande erklärte, seine Verbindung mit einem großen Handelshause zu lösen. Da er sich schließlich doch zum Eintritt in das Kabinet verstanden hat, so muß er diese Verbindung entweder gelöst haben, oder Präsident Arthur und der Senat haben in derselben kein Hinderniß für den Schatzsekretär erblickt.

— Wie man der „Wes.-Ztg." aus Hildesheim schreibt, finden die von verschiedenen Blättern gegebenen Darstellungen der Persönlichkeit und kirchlichen Richtung des zum Bischof von Fulda ausersehenen Hildesheimer Generalvikars Kopp nicht in allen Kreisen der mit den Verhältnissen und der Person des Herrn Kopp Bekannten unbedingte Zustimmung. Herr Kopp habe durch manche seiner amtlichen Handlungen keineswegs einen besonderen Grad von Duldsamkeit gegen Andersdenkende bewiesen, er sei der anerkannte Führer der sog. Kaplanspartei; man fürchte, daß der gedachte Geistliche, wenn er erst den Bischofssitz inne habe und von der stark ultramontanen, unter dem größten Theile der Fuldaer Geistlichkeit herrschenden Strömung beeinflußt werde, schwerlich den Wünschen der Regierung Rechnung tragen und auf Herbeiführung eines auch den staatlichen Interessen genügenden Friedens hinwirken werde, sobald ein Wink von Rom ihm andere Bahnen vorschreibt. Vielleicht ist es auf solche Erwägungen zurückzuführen, daß die Ernennung des Herrn Kopp sich verzögert.

Ausland.

Paris, 24. Oktober. Von Gambetta wird während seiner heute angetretenen Reise nach der Normandie keine politische Rede als etwaiges Ministerprogramm erwartet. Er wird sich auf die Behandlung lokaler Fragen beschränken. Anschließend an die Revision des Senats nimmt die Gambettistische Presse von neuem einen Feldzug zu Gunsten des Listenskrutiniums hinsichtlich der Deputirten-Wahlen auf. Die Verhandlungen über den englisch-französischen Handelsvertrag werden heute im Ministerium des Aeußeren wieder eröffnet.

Aus Tunis wird eine ernste Revolte im Lager der tunesischen Armee gemeldet, welche sich weigert, gegen die Insurgenten zu marschiren. Ali Bey, der Kommandeur der tunesischen Truppen, ist thatsächlichen Insulten ausgesetzt gewesen und wird gewissermaßen als Gefangener im Lager von den eigenen Truppen festgehalten. Die aufständischen Soldaten sagen, daß der Bey ein Verräther sei und Tunis an Frankreich verkauft habe.

General Uhrich, der bekannte Vertheidiger von Straßburg, ist gestorben.

In der Druckerei der gambettistischen „Rep. fr." brach gestern Feuer aus, wobei zwei Menschen verunglückten. Der Schaden ist bedeutend.

Der König von Rumänien hat an Grevy zur Vermählung von dessen Tochter ein Glückwunsch-Telegramm gesandt.

Provinzielles.

Stettin, 25. Oktober. In der gestrigen Versammlung der Handwerksmeister wurde, nachdem sämmtliche Reporter aus dem Saale entfernt waren, Schuhmachermeister Schwarz zum Vorsitzenden gewählt, die Herren Gorsch, Horstmann, Utech und Ladewig waren die Beisitzer. Zunächst ergriff Herr Schwarz das Wort und entwickelte in längerer Rede, daß die Verhältnisse für die Handwerker unbedingt andere werden müßten, es müsse energisch in diesem Sinne gearbeitet werden, aber in kurzer Zeit werde sich nur wenig erreichen lassen. Offen gesagt, er habe ebenso wenig Vertrauen zu Herrn Baltzer wie zu Herrn Schlutow. Nach diesem Vortrage meldete sich Herr Andrae zum Worte, es ward aber dagegen Widerspruch erhoben, und in Folge desselben durch Abstimmung beschlossen, nur Handwerksmeistern das Wort zu gestatten. Nun ergriff Herr Randt und nach ihm Herr Plönski, übrigens kein Handwerksmeister, das Wort und plaidirten für die Zulassung auch anderer Redner. Es ward nochmals abgestimmt, die Versammlung warf ihren so eben gefaßten Beschluß um und beschloß, auch andere Herren reden zu lassen. Nachdem inzwischen wieder vom Vorstande einige Herren aus dem Saal ausgewiesen waren, ergriff Herr Horstmann das Wort und erklärte gleichfalls, daß er ebenso wenig Vertrauen zu Herrn Baltzer wie zu Herrn Schlutow habe. Die Abgeordneten könnten auch überhaupt keinerlei Versprechungen machen, bevor nicht die Innungen unter sich klar wären. Nun erhielt Herr Andrae das Wort, er hob die Nothwendigkeit hervor, das Innungsgesetz zu ändern. Später sei auch er dafür, daß ein Handwerker in den Reichstag gesandt werden müsse. Darauf trat Herr Baltzer auf. Er habe ein Herz für das Volk, sei 30 Jahre in Stettin und bringe ein großes Opfer, wenn er nach Berlin gehe. Er habe nichts gegen Schlutow, aber dieser sei zu den Sezessionisten übergegangen; deshalb habe er sich aufstellen lassen. Er bringe den Handwerkern Vertrauen entgegen, sie möchten ihm auch Vertrauen entgegenbringen. Von der Art, wie er für das Handwerk wirken wolle und wie er sich zu der projektirten Mehrbelastung durch Steuern verhalten wolle, sprach er selbstredend kein Wort; er erwähnt nur, daß er bei Einführung der Gewerbefreiheit einen Schreck gekriegt. Herr Horstmann ist nicht so schreckhaft gewesen, er hat über die Gewerbefreiheit keinen Schreck bekommen. Wenn übrigens Herr Andrae gemeint, die meisten Landstreicher seien jetzt Handwerker, so wisse man das hier besser, Landstreicher werde auch unter den Handwerkern nur, wer keine Lust zum Arbeiten habe. Herr Ladewig betonte, das Handwerk bedürfe durchaus Erleichterung, diese sei

nur zu erlangen, wenn sie einen Konservativen wählten, der mit dem Fürsten Bismarck gehe. Hierauf ergriff ein Herr Schmiedemeister das Wort. Herr Ladewig spreche soviel von Hebung des Handwerks, wie es denn komme, daß der Fiskus und auch Herr Ladewig die Nägel nie vom Schmiedemeister, sondern aus dem Laden entnehme. Herr Ladewig erwidert, er sei durch die Verhältnisse dazu gezwungen worden. Nachdem darauf der Schneidermeister Heyden für die Konservativen und seinen täglichen Kirchgang gesprochen, tritt Herr Frischmuth auf. Er könne nicht in den angeschlagenen Ton einstimmen; Jeder müsse das Recht haben, zu sprechen, ob Jude oder Christ. (Furchtbarer Lärm der im Saale unter Führung des Herrn Nesemann anwesenden Antisemiten.) Herr Zimmermeister Heyder: Der Anstand erfordere unbedingt, daß man auch den Gegner hören müsse, der Redner wird aber durch großen Lärm unterbrochen. Ein weiteres Mitglied der Versammlung erklärt, er habe geglaubt, heute unter Handwerksmeistern zu sein, er habe der gestrigen Versammlung der Ortsverbände beigewohnt, er müsse aber sagen, daß dieselbe im Vergleich zu der heutigen Versammlung wahrhaft musterhaft verlaufen sei. Der Schluß wird beantragt, aber in der Verhandlung fortgefahren. Herr Andrae bestreitet zunächst die in unserer Zeitung gemachten Angaben; darauf tritt Herr Kaufmann Schwarz auf. Herr Ladewig ruft: den kennen wir. Herr Schwarz und mehrere andere Herren werden des Saales verwiesen, ebenso auch ein Schneidermeister, der nicht im Sinne des Herrn Ladewig spricht. Ebenso wird ein früherer Handwerksmeister und jetziger Reisender, Herr Engelbrecht, aus dem Saale gewiesen. Herr Randt: Er sei Bürstenmacher und habe heute einem Kaufmann ein Dutzend Bürsten zum Preise von 4 M., also doch gewiß billig angeboten. Der Kaufmann habe ihm aber gesagt, er kaufe diese vom Zuchthaus für 3 M. Diese Zuchthausarbeit sei der eigentliche Ruin fürs Handwerk. Er möchte daher wissen, wie Herr Baltzer zu dieser Frage der Zuchthausarbeit stände. Herr Baltzer schweigt. Fabrikdirektor Lenz fragt an, ob es nur den Meistern der Innung gestattet sei, hier zu reden, sonst müsse der Herr Schneidermeister auch das Wort haben. Auch Herr Lenz wird darauf aus dem Saale verwiesen. Nach dieser wiederholten Reinigung des Saales bekennt sich Herr Horstmann zwar zu einer echt konservativen, d. h. dem Kaiser und Reich treuen Gesinnung, kann aber doch nicht umhin, darauf hinzudeuten, daß die Wahl ja glücklicher Weise eine geheime, es könne daher Jeder auch der in der heutigen Versammlung auftretenden Vergewaltigung gegenüber wenigstens stimmen, wie er wolle. Darauf wird die Versammlung geschlossen. Herr Baltzer, der sich noch zum Worte gemeldet, erhält dasselbe nicht mehr. Ein Kandidat wird in der Versammlung nicht aufgestellt. Es ertönt zwar ein Hoch auf Herrn Baltzer, dem aber ein Hoch auf Herrn Schlutow antwortet. Unter ziemlichem Tumulte bringt Herr Andrae noch ein Hoch auf den Vorsitzenden Herrn Schwarz und dieser ein Hoch auf das Handwerk aus. — So der Verlauf der Versammlung. — Hielten wir unser Handwerk in seiner Lebenskraft und trotz des langen Darniederliegens nicht für gerade zu unverwüstlich, wir hätten sicherlich Grund zu dem Ausrufe: Gott schütze das Handwerk vor falschen und vor ungeschickten Freunden! Man kann doch wirklich kaum glauben, auf diese Weise für das Handwerk etwas zu erreichen. Warum läßt man den Gegensatz zwischen den Anhängern und Gegnern der Innungen, oder vielmehr den Gegensatz zwischen den Anhängern der Zwangs-Innungen und den Anhängern der freien und fakultativen Innungen sich nicht ruhig aussprechen? Es giebt ja so viel Gemeinsames, in welchem alle Handwerker einig: wie der Kampf gegen das Pfuscherthum, gegen den Schwindel wie die Hebung des Lehrlings- und Gesellenwesens, daß wir nicht zweifeln, daß sobald nur die Innungen erst unter sich ihre Meinungen klären und austauschen, sie überhaupt zu einer gegenseitigen Einigung kommen werden. Selbst den Kampf zwischen den fakultativen und den Zwangsinnungen halten wir nicht für unauflösbar. Eine Lösung würde es z. B. unserer Ansicht nach sein, wenn zwar die Gewerbefreiheit so weit aufrecht erhalten, daß ein Jeder tischlern oder schneidern kann und daß Niemandem, der sich vielleicht als Schuhmacher nicht ernähren kann, es verboten würde, sich nun sein Brod als Tischler oder Maler zu erwerben, daß aber auf der andern Seite auch nur ein Jeder, der sein Gesellenstück gemacht, sich Geselle und ebenso erst recht nur ein Jeder, der sein Meisterstück gemacht, sich Meister nennen dürfe, und daß dieses Gesellen- und Meisterstück nur durch eine Prüfung vor einer vom Staate ernannten Autorität abgelegt werden dürfe. Es würde danach also z. B. ein Jeder nun tischlern dürfen, aber es dürfte sich nur der Geselle oder Meister nennen, der vor jener Autorität sein Gesellen- oder Meisterstück gemacht hat; und es müßte der, welcher sich widerrechtlich Geselle oder Meister nennt, genau ebenso bestraft werden, als wie etwa der, welcher sich widerrechtlich den Doktor- oder Professortitel anmaßt. Es ist das aber nur ein Vorschlag und wir stellen es ganz anheim, ob eine Einigung auf dieser oder einer andern Basis sich leichter erreichen läßt. Die Rede des Herrn Deppe aus Magdeburg gab ein so klares Bild, was wenigstens die Anhänger der Zwangsinnungen wünschen, daß wir wohl gewünscht, die Versammlung der Handwerksmeister hätte sich begnügt, dazu Stellung zu nehmen, und entweder dafür oder dagegen sich auszusprechen. Was die Herren aber eigentlich nach diesem Verlaufe der Versammlung nun wollen oder wünschen, das müssen wir offen gestehen, wissen wir jetzt eben so wenig als vorher und wir glauben, es wird auch nicht die Schuld der Reichstagsabgeordneten, weder des Herrn Schlutow noch des Herrn Baltzer sein, wenn sie gleichfalls nicht wissen, was nach der gestrigen Versammlung der Handwerksmeister diese eigentlich wünschen. Man kann wohl sagen, in der Debatte, soweit wir wenigstens darüber Nachricht erhalten konnten, fehlt jeder höhere Gesichtspunkt. Es fehlte namentlich der schöne Hinweis des Herrn Deppe, daß, was auch von dem Pfuscherthum u. s. w. gesündigt, der eigentliche Kern der ganzen Krankheit des Handwerks nichts Anderes sei als die Dampfmaschine. Nicht etwa, daß sich Herr Deppe damit gegen die Dampfmaschine als solche, gegen Dampfschiffe oder Lokomotiven aussprechen und die alte Zeit zurückwünschen wollte. Aber er betonte sehr mit Recht, daß die Dampfmaschine jetzt in ihrer Anlage so theuer und überhaupt ihrer ganzen Natur nach so eingerichtet sei, daß sie nur für den Großbetrieb passe. Herr Deppe meinte, er habe in neuester Zeit Motoren gesehen, welche auch für das Kleingewerbe vollständig paßten, wenig Kohle und noch weniger Aufsicht brauchen. Wir kennen diese Motoren noch nicht und bezweifeln, daß die Technik schon so weit ist. Auf der andern Seite scheint man aber jetzt allerdings eine wichtige Erfindung gemacht, nämlich den Dampf nicht unmittelbar zu verwenden, sondern ihn erst noch wieder zu zersetzen und damit ganz neue Wirkungen zu erzielen. Man giebt sich der vielleicht nicht unbegründeten Hoffnung hin, binnen sehr kurzer Zeit einen Motor zu finden, der ohne jede Gefahr ohne Weiteres an jeder Wand angeschroben und ganz außerordentlich billig wird arbeiten können. Mag die Lösung aber nun, wie Herr Deppe meint, schon gefunden sein; mag sie noch in der nächsten Zukunft liegen; darin stimmen wir Herrn Deppe vollständig bei, daß an dem Tage, wo der erste wirklich praktische Motor für das Kleingewerbe gebaut wird, eine neue Blüthezeit für das Handwerk beginnen wird. Fällt der Vorzug, den jetzt der Großbetrieb durch die Dampfmaschine vor dem Handwerk hat, in sich zusammen, so wird auch sofort das Verhältniß sich umkehren und das Handwerk wieder auf Kosten des Großbetriebes zunehmen. Denn auch bei dem besteingerichteten Großbetriebe kann der Direktor oder sonstige Leiter nicht so auf das Einzelne achten, als der Handwerker, der eben nur auf das Eine zu achten hat. Man nehme beispielsweise die sogenannte Universaltischlerbank. Jetzt leistet diese, an eine Dampfmaschine wie z. B. im Vulkan angehängt, in gewissen Arbeiten vielleicht dasselbe, was nur irgend zehn bis zwanzig Tischler liefern können. Der einzelne Meister als solcher kann damit nicht konkurriren; er würde es aber sofort können, wenn er dasselbe Werkzeug in seiner Werkstätte mit irgend einem Kleinmotor ebenso billig als in der Fabrik in Bewegung setzen könnte. Wir glauben daher, die eigentliche Lösung der ganzen Handwerkerfrage liegt weit weniger als man jetzt glaubt im Innungsgesetz, sie liegt für viele Handwerker wenigstens weit mehr in der Frage, in wie langer oder kurzer Zeit die Technik einen solchen Motor für das Handwerk wird schaffen können. Der eigentliche Wohlthäter der Handwerker wird weit weniger auch das beste Innungsgesetz sein, als der Techniker, der den ersten neuen Motor baut. Man denke nur, wie die jetzige Dampfmaschine die Welt umgestaltet! Wir würden uns mit Herrn Deppe freuen, wenn eine ähnliche Erfindung das jetzige Verhältniß zu Gunsten des Handwerks wieder umkehren würde.

Stettin, 26. Oktober. Am Montag Abend fand in Züllchow in Seidel's Konzertsaal eine liberale Wählerversammlung statt, welche sehr zahlreich besucht war. Nachdem Herr Dr. Goslich den Vorsitz übernommen hatte, ertheilte derselbe Herrn Freiherrn v. Arnim das Wort, welcher in längerer, vielfach von Beifall unterbrochener Rede den Wählern von Züllchow sein Programm darlegte. Er erklärte sich gegen das Tabaksmonopol, gegen die indirekten Steuern und gegen das Unfallversicherungs- und Alterversorgungs-Gesetz, wie es von der Regierung in Aussicht genommen ist. Die in seinen früheren Reden nicht berührte Frage: „Wem das Alterversorgungsgesetz zunächst zu gute käme", beantwortet er dahin, daß nicht dem armen Arbeiter und Handwerker, sondern dem Großgrundbesitzer, dem Großindustriellen, kurz, dem Reichen das Gesetz nutzbringend sein würde. Diejenigen, welche jetzt die Armenlast zu tragen haben, würden davon befreit werden und anstatt einer Last, großen Vortheil haben. Das ganze Gesetz stehe im Widerspruch mit der Billigkeit und deshalb müsse er sich dagegen aussprechen. Als Großgrundbesitzer spreche er dabei freilich gegen sein eigenes Interesse, er könne jedoch eine solche Frage nicht mißbrauchen, um sein eigenes Interesse zu fördern.

Herr Dr. Dohrn—Höckendorf ergreift demnächst im Namen des Herrn Dr. Delbrück das Wort, um zu erklären, daß der letztere, welcher aus Gesundheitsrücksichten diesmal der Wahlbewegung fern bleiben muß, trotz aller gegentheiligen Gerüchte der liberalen Sache treu geblieben ist.

Herr Apother Hoffmann—Grabow schildert sodann die erste konservative Versammlung, welcher er beigewohnt, es war dies die Versammlung, welche am Donnerstag Abend in Züllchow stattfand. Die Liberalen hätten dieser Versammlung zwar beiwohnen dürfen, seien aber sofort beim Beginn von dem Vorsitzenden mit einer Drohung begrüßt worden, indem es ihnen verboten wurde, ihre Wünsche zu äußern. Nach dieser betrübenden Einleitung hätte Herr v. Eickstädt, der Landtagsabgeordnete des Kreises, seinen Rechenschaftsbericht im konservativen Sinne erstattet und dabei natürlich tüchtig auf die „bösen Liberalen" geschimpft, während sodann Herr v. d. Osten—Blumberg seine „Kandidatenrede" gehalten habe, welche als Quintessenz des Abends zu betrachten sei. Er sprach ca. 10 Minuten, von denen er den größten Theil zum Verlesen einiger konservativer Zeitungsartikel brauchte, ohne jedoch die schwebenden Fragen mit einem Wort zu berühren. Auch die nächste Rede des Herrn Jahn, „der Säule der Konservativen in Züllchow", habe nichts Neues geboten, sie gipfelte nur in der Aufforderung, Herrn v. d. Osten die Stimme zu geben. Als darauf Herr Fuhrmann das Wort verlangt habe, um seine Ansichten im liberalen Sinne darzulegen, sei ihm dies verweigert und die Versammlung schleunigst geschlossen worden. Herr Hoffmann glaubt, daß sich dagegen die Liberalen anständig gezeigt haben; in Pölitz sei von denselben Herr Quistorp, der mit einer Kolonne Scholwiner angerückt sei, in der liberalen Versammlung zum Wort gelassen worden, trotzdem er stürmische Szenen herbeigeführt habe. Ueber diese Versammlung sei von Herrn Quistorp und dem hochkonservativen Seminarlehrer Steinberg in Pölitz ein Bericht geschrieben worden, der von Unwahrheit strotzte. Das „Pölitzer Wochenblatt", welches diesen Bericht enthielt, ist in Grabow als Flugblatt vertheilt worden. Herr Hoffmann bittet schließlich, für Herrn v. Arnim zu stimmen, worauf die Versammlung dem Letzteren ein Hoch ausbringt.

Herr Dittbender fordert gleichfalls zu zahlreicher Betheiligung an der Wahl auf. Herr Wentin wendet sich in längerer Rede gegen das Tabaksmonopol und das Unfallversicherungsgesetz, während Herr Prochnow Vergleiche zwischen der indirekten Besteuerung in Preußen, in Frankreich und England zieht und dabei zu dem Resultat kommt, daß in Preußen die nothwendigsten Bedürfnisse am meisten besteuert seien. Herr Rätsch bittet, den vielen Freunden, welche vor den Wahlen den Arbeiter mit Versprechungen ködern wollen, nicht zu trauen; dieselben würden sich nach den Wahlen doch bald wieder in ihrer wirklichen Gestalt zeigen und dann auch wieder bedacht sein, dem Arbeiter die nöthigsten Bedürfnisse noch mehr zu besteuern. Für den Arbeiter sei schon das amerikanische Schmalz, der amerikanische Speck, welches ihm leider als Hauptnahrungsmittel dienen muß, besteuert, während die Delikatesse der Reichen, das Wild, die Fasanen 2c., noch nicht besteuert würden, für den Armen sei nur noch ein Nahrungsmittel unversteuert geblieben — das abgetriebene Pferd im Sandkarren. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Herren Noack und Fuhrmann, welche demnächst das Wort ergreifen, theilen mit, daß sie soeben aus einer konservativen Versammlung kämen, in welcher die Konservativen die Liberalen wiederum nicht zum Wort gelassen hätten, obwohl die Letzteren zahlreich anwesend gewesen wären.

Schließlich ergreift Herr Dr. Dohrn nochmals das Wort und bittet, am Wahltage für die liberale Sache nach Kräften einzutreten. Mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und Hrn. v. Arnim wurde darauf die Versammlung geschlossen, ohne daß sich die geringste Opposition bemerkbar gemacht hätte.

Stettin, 26. Oktober. Die „Ostsee-Zeitung" theilt mit, daß gestern auch Wahlzettel mit dem Namen Theodor Schmidt vertheilt sind. Dieselben gehen offenbar von denjenigen Mitgliedern der Fortschrittspartei aus, welche sich trotz des Wahlkampfes nicht entschließen konnten, von ihrer Abneigung gegen Herrn Schlutow abzulassen. Was die Herren damit beabsichtigen, als eine zwecklose Demonstration und unnöthige Zersplitterung der Stimmen, ist schwer abzusehen.

— An die Adresse der zahlreichen Gastwirthe wendet sich in letzter Stunde das „Gasthaus", das Organ des deutschen Gastwirthsverbandes, mit dem dringenden Hinweis, daß auch die deutschen Gastwirthe wesentlich interessirt sind bei den bevorstehenden Wahlen und ihnen die Warnung ans Herz zu legen, dieser Wahl nicht mit falschem Indifferentismus entgegenzugehen und Mann für Mann an der Urne zu erscheinen. Wer seitens der Gastwirthe zu wählen ist? Das Organ derselben beantwortet diese Frage dahin: Männer, die für die Blüthe und freie Bewegung des ehrlichen Gewerbes, also auch des ehrlichen Gastwirthgewerbes, Herz und Verständniß haben; Männer, die in der übermäßigen Belastung des ehrlichen Gewerbes den Niedergang der Volkswirthschaft sehen.

— Die „Neue Stettiner Zeitung" schreibt: Verschiedentlich ist von konservativer Seite der Versuch gemacht worden, die Kriegervereine als solche mit in den Parteikampf zu ziehen und dieselben zu konservativ politischen Zwecken zu mißbrauchen. Ein derartiger Versuch tritt nun auch bei uns mit voller Dreistigkeit an die Oeffentlichkeit. In einem an die Wähler Stettins gerichteten Aufruf fordern, angeblich im Namen von 200 „unterschriebenen Wählern", vier Herren, an deren Spitze die Herren Draheim und Godelmann als Feldwebel im patriotischen Kriegerverein verzeichnet stehen, die Wähler, Mitbürger, Kameraden, Handwerker und Arbeiter zur Wahl des „reichsfreundlichen" Kandidaten Herrn Baltzer auf. Das gesperrt gedruckte Wort „Kameraden" sowie die den Namen Draheim und Godelmann beigefügte Charakteristik lassen keinen Zweifel darüber, daß es hier auf etwas abgesehen ist, das dem Geiste und Zwecke unserer Kriegervereine vollständig widerspricht. „Mit Gott für Kaiser und Reich" ist die Devise aller staatserhaltenden Parteien und die Kriegervereine haben die heilige Pflicht, diese Fahne hochzuhalten, nicht aber sie in dem gehässigen Parteigezänke zu beflecken. Wir haben die feste Zuversicht, daß die Kameraden der Herren Draheim und Godelmann dem Verhalten derselben eine energische Abwehr entgegensetzen und es nicht dulden werden, daß mit dem „patriotischen Kriegerverein" ein derartiger Mißbrauch getrieben werde.

— Am Montag Abend veranstaltete der Sängerchor der Stettiner Handwerker-Ressource unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Lehrer Riecke, im Wolff'schen Saale ein Konzert, das sich sehr guten Besuches wie lebhaftester Anerkennung zu erfreuen hatte. Das umfangreiche, für Männerchor und Sologesang mit gewählten Piecen bedachte Programm erhielt die beste Ausführung und bekundete aufs Neue den gut geschulten Chor, die prächtigen Solostimmen und die verständnißvolle Leitung des Gesangchors der Stettiner Handwerker-Ressource, dem es zu seinem Ruhme nachgesagt werden muß, daß er zu den besten unserer Stadt zählt.

— Dem Premierlieutenant v. Heyden-Linden, à la suite des 2. Pomm. Ulanen-Regiments Nr. 9, kommandirt als Ordonnanz-Offizier zu dem Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, ist die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen kais. russischen St. Annen-Ordens 3. Klasse ertheilt worden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Onkel Moses." Charakterbild 1 Akt. Hierauf: „Jugendliebe." Lustsp. 1 Akt. Dann: „Die Wiener in Paris." Genrebild 1 Akt. Zum Schluß: „La Peri, oder: Ein orientalischer Traum." Ballet-Divertissement 1 Akt.

Vermischtes.

— (Gambettas Familiengeschichte.) Um die Zeit des Sturzes Napoleon I. kamen drei italienische Familien nach Cahors, darunter die Familie Gambetta. Die Voreltern derselben führten den Namen Bacho; der Urahn Leon Gambettas bekam wegen seines kurzen Beines den Spottnamen Gambetta (Kurzbein). Als ein Mitglied der Familie in Genua wegen Theilnahme an Straßenraub öffentlich hingerichtet worden, tauschte Joseph Bacho seinen Namen gegen den Beinamen, und zwar mit obrigkeitlicher Genehmigung, ein. Der Geburtsort der Familie heißt Cella-Liguria und liegt auf dem Wege von Genua nach Savona. 1818 etablirte sich Jean-Baptiste Gambetta, der Großvater des Erdiktators, in Cahors, wo er einen Handel in Fayence, Oel, Salben, Pomade, Tabak, trockenen, eingemachten und anderen Südfrüchten eröffnete. Sein Vater heirathete die Apothekertochter Orasia Massabie. (Bekanntlich ist Gambetta unter diesem Namen kürzlich in Deutschland umhergereist.) Eine Tochter war der erste Sprößling dieser Ehe; diese wurde später an einen Mr. Leris vermählt; der zweite Sprößling war Léon, am 30. Oktober 1838 geboren.

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 25. Oktober. Das „Journal de St. Pétersbourg" wendet sich gegen die Behauptung des Londoner „Economist" vom 15. Oktober, daß die 5proz. Billets der letzten russischen Anleihe für Steuern und Zölle als Zahlung angenommen würden. Weder bei den Steuern noch bei den Zöllen sei dies der Fall und daher sei es ganz unmöglich, diese Billets mit Papiergeld zu verwechseln, wie dies der „Economist" gethan habe.

Konstantinopel, 25. Oktober. Die Mitglieder der nach Egypten entsandten türkischen Mission sind sämmtlich gestern hier wieder eingetroffen.

In der gestrigen Sitzung der Delegirten der Bondsinhaber wurden die Verhandlungen über den Emissionspreis der verschiedenen Anlehen fortgesetzt. Man einigte sich schließlich im Prinzipe über einen Vermittelungsvorschlag, nach welchem die Gesammtsumme aller Anlehen, einschließlich der rückständigen Interessen, 100 Mill. Pfd. Sterl. übersteigen würde. Man glaubt, die Gesammtsumme werde unbeschadet einer Reduktion der rückständigen Interessen 117 Millionen erreichen. Das Resultat der Sitzung wird als befriedigend angesehen und läßt eine baldige Beendigung der Verhandlungen hoffen.

Madrid, 25. Oktober. Der Finanzminister hat eine Emission auf 1800 Millionen Pesetas in neuen 4proz. Titres zum Kourse von 85 und in 40 Jahren amortisirbar, ausgeschrieben. Dieselben sind bestimmt, die Schatzbankobligationen und andere Werthe zu ersetzen.

Tunis, 25. Oktober. Die 5. und 6. Brigade haben am 21. Oktober bei Fum-el-Karuba ihre Vereinigung bewirkt. Die Brigade Philibert bleibt bei Fum-el-Karuba und wird ein Theil derselben die dortige Position besetzen, ein Theil gegen den Tribus der Ouled-Arfa operiren, um dieselben zu verhindern, zu den Aufständischen zu stoßen. Die übrigen Truppen unter den Befehlen der Generale Saussier, Logerot und Sabatier sind am 23. Oktober in der Richtung auf Kairouan aufgebrochen. General St. Jean befehligt die Kavallerie, Oberst Condé die Artillerie, Oberst Allegro die tunesischen Gums. General Saussier führt Lebensmittel für 8 Tage mit sich. Während der 3 ersten Tagesmärsche werden die Soldaten 2 Liter Wasser, die Pferde 5 Liter täglich erhalten. Man nimmt allgemein an, daß die Aufständischen keinen ernsthaften Widerstand leisten werden.